

***Süddeutsche*: Drohungen im Kommentar**

Die *Süddeutsche Zeitung* hat ihren [Beitrag zu PI](#) – wohl in der Hoffnung auf viel Zustimmung – jetzt [auch online](#) gestellt. Geschmückt wird der Artikel mit dem Foto bekannter Vertreter von Muslimorganisationen, die keinerlei demokratische Legitimation besitzen, wie jeder weiß, der sich ein wenig mit der Materie auskennt, und die sich vor allem durch [größtmögliche Integrationsverweigerung auszeichnen](#). Bisher gab es auch schon einen ganzen Kommentar, auf den man in der Redaktion so stolz ist, dass man ihn gleich zweimal veröffentlicht.

Ein gewisser Frank Walter, der sich selbst als „herkunftsdeutscher Muslim“ bezeichnet, darf unbehelligt von einem Moderator Forderungen aufstellen, die seiner Meinung nach einzig geeignet sind, das Ende der Bundesrepublik durch einen Waffengang der Muslime zu verhindern. Zum Beispiel müsse man gegen Islamkritiker vorgehen (Neusprache: „Islamhetzer“) und dem Islam endlich den Status einer Religionsgemeinschaft verleihen.

Vor noch zwanzig Jahren, als sich kaum jemand für den Islam interessierte, hätte ich es mir als herkunftsdeutscher Muslim kaum vorstellen können, daß Deutschland einmal ein solch extrem islamfeindliches Land wird. Und das Schlimme an der ganzen Sache ist, daß diese Entwicklung erst im Anfang steckt und ein Ende nicht abzusehen ist. Daher wäre es staatlicherseits dringend geboten, einzugreifen, etwa in der Form, daß der Islam als Religionsgemeinschaft anerkannt wird, auch wenn bestimmte Voraussetzungen auf muslimischer Seite, deren Fehlen bislang als Hinderungsgrund angegeben wird, nicht erfüllt sind, und härter gegen Islamhetzer vorzugehen. Da dies von den verantwortlichen Entscheidungsträgern jedoch nicht zu erwarten ist, muß davon ausgegangen werden, daß sich

die Lage noch weiter verschärfen wird. Dadurch, daß das Thema Islam in den Medien zum Dauerbrenner gemacht worden ist, interessieren sich einerseits mehr Menschen für diese Religion, und es sind nicht alle so dumm, die in der Islamhetze verbreiteten verzerrten Informationen unkritisch aufzunehmen, so daß dies alles tatsächlich zu einem Anstieg der Übertritte zum Islam geführt hat. Andererseits wenden sich die unter Druck geratenen Muslime immer mehr ihrer Religion zu, und viele von ihnen sehen sich gerade dadurch veranlaßt, ihre Religion bewußter wahrzunehmen und mehr zu praktizieren. Das ganze Szenario dieser sich ständig steigenden Polarisierung erinnert mich an die Aufladung der Spannungen vor einem Gewitter. Wenn nichts zur Entspannung getan wird, bricht eines Tages unweigerlich das Donnerwetter los, und da die meisten Muslime weder aus Deutschland auswandern können, noch bereit sind, ihre Religion aufzugeben, wird einmal der Tag kommen, wo sie ihre muslimische Identität notfalls mit der Waffe verteidigen werden. Das dürfte dann das Ende der Bundesrepublik Deutschland als Staatsgebilde sein.

Nur zur Erinnerung: In der Sprache der *Süddeutschen* sind Kommentatoren bekanntlich mit Autoren gleichzusetzen und geben daher die Linie der Redaktion wieder ...

(Spürnase: Roland)

Update 03.09.: Inzwischen ist die Kommentierung bei der *Süddeutschen* richtig heiß gelaufen und die Moderation läßt tatsächlich eine Menge Meinungen zu, die der eigenen Linie widersprechen. Ja, dies sind sogar die meisten. Wir freuen uns darüber, dass in den Redaktionsstuben der Zeitung offenbar doch noch ein Restverständnis von Demokratie und Meinungsfreiheit vorhanden ist und noch mehr, dass der Schuss auf *PI* wohl nach hinten losgegangen ist. Dabei hatte man sich so viel Mühe mit der Diffamierung gegeben, dass man sogar kurzerhand „Phobie“ mit „Feindschaft“ übersetzt hat, was

ungefähr so richtig und geistreich ist, wie die Gleichsetzung von Islam und Frieden.

Wenn Behörden eine Polizistin im Stich lassen



Wie es einem ergehen kann, wenn man seinen Unbill in kulturell bereicherter Umgebung äußert, zeigt [folgendes Beispiel aus Frankreich](#): Eine Gruppe von „Jugendlichen“ setzte sich auf eine Bank gegenüber dem Haus der Polizistin Christine Bourgoïn (Foto), rauchten dort Marihuana und schüchterten die Nachbarschaft ein.

Bourgoïn versuchte, die Jugendlichen davon zu überzeugen, einen anderen Ort aufzusuchen. Als Dank dafür zündeten sie bald darauf ihr Auto an. Das Schlimmste begann aber erst, als dieselben Jugendlichen erfuhren, dass sie Polizistin ist. Sie hörten nicht auf, sie und ihre Familie einzuschüchtern oder Steine auf die Fenster ihres Hauses zu schmeißen. Als sie ihre Tochter auf dem Schulweg angriffen, wandte sie sich an die Behörden, aber niemand wollte ihr helfen. Jetzt will sie wegziehen, doch dazu fehlen ihr die finanziellen Mittel.

(Gastbeitrag von Schwarzer Kater)

Zürich plant „lange Nacht der Religionen“

Die Schweizer Stadt Zürich plant für den 15. September eine [„lange Nacht der Religionen“](#), die dazu einladen will, mit den verschiedenen Religionsgemeinschaften ins Gespräch zu kommen. In der [Begründung](#) heißt es: „Nicht selten werde die religiöse Vielfalt als Bedrohung, als Konfliktfeld und als Kampf der Kulturen dargestellt. Darum sei es wichtig aufzuzeigen, dass die verschiedenen Religionen auch als unterschiedliche Ausprägungen der göttlichen Wirklichkeit im Leben erfahren werden können.“

Stoiber: Keine größeren Moscheen als Dome



Der bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber ist einer der wenigen deutschen Politiker, der zum Thema Islam Klartext redet. Auf einer Veranstaltung der Jungen Union in Berlin forderte Stoiber, dass [Moscheen nicht das Erscheinungsbild deutscher Städte](#) prägen dürfen.

„Religionsfreiheit ist ein Grundrecht. Wenn aber die Moscheen in unseren Städten größer werden sollen als unsere Dome und Kathedralen, dann müssen wir den muslimischen Mitbürgern sagen: Nein, das geht zu weit“, sagte Stoiber.

Deutschland solle auch noch 2020 von den Kirchtürmen und nicht von Minaretten geprägt sein. Der CSU-Vorsitzende warnte: «Wenn wir dies nicht klar aussprechen und auch durchsetzen im eigenen Land, geraten wir auf die schiefe Bahn.» Dabei gehe es nicht allein um die Zahl der Kubikmeter, die gebaut würden. «Moscheen, die größer werden als unsere Dome, hätten eine gewaltige Symbolkraft. Das würde einen Machtanspruch und einen Anspruch auf Überlegenheit zum Ausdruck bringen, den wir in Deutschland so nicht wollen», argumentierte Stoiber. Die Union sage «ja zu Toleranz, aber nein zu einer kulturellen Selbstaufgabe». (Quelle: ddp)

Schade, dass solch ein Politiker bald aufs Altenteil geschickt wird...

(Spürnase: Koltschak)

TV-Tipp: Ralph Giordano heute 22.45 Uhr, ARD



In der heutigen [„Titel, Thesen,“](#)

[Temperamente“-Sendung](#) wird unter anderem über die „neueste Kriegserklärung“ von Ralph Giordano gegen den Islam berichtet. Zu Wort kommen auch der Orientalist Hans-Peter Raddatz sowie ein Konvertit namens Muhammad Kalisch und ein Dhimmi namens Heiner Bielefeldt.

Alle Jahre wieder ...

Die „[spontanen](#)“ [Proteste](#) über die neuen Mohammed-Karikaturen, die die schwedische Zeitung *Nerikes Allehanda* abdruckte (der Kopf des ehrwürdigen Propheten, Friede sei mit ihm, auf einem Hunde-Körper, wir berichteten [hier](#) und [hier](#)) nehmen an Schärfe zu. Offenbar ist man mit der Produktion von schwedischen Verbrennflaggen und Verbrenn-Kreuzen zügig vorangekommen. Inzwischen druckten mehrere skandinavische Zeitungen die Karikaturen nach. In Deutschland ist man zurückhaltender.

(Spürnasen: Koltschak, Urs Schmidlin und Markus W.)

Kriegsverbrecher Hisbollah



Die internationale Menschenrechts Organisation *Human Rights Watch* hat am 29.08.2007 ihren Bericht über die Kriegsverbrechen der Hisbollah im letztjährigen Libanonkrieg veröffentlicht. Die für den folgenden Tag geplante Pressekonferenz in Beirut, auf der der Bericht der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollte, musste allerdings abgesagt werden. Nach Drohungen der Terrororganisation hat das Crowne Plaza Hotel die Nutzung der für die Veranstaltung gebuchten Räumlichkeiten verweigert. (Unser Bild zeigt [MdB Ulla Jelke](#) (Linkspartei) mit Genossin bei einer antiisraelischen Demonstration unter dem Bild von Kriegsverbrecher Nasrallah (Hisbollah) in Berlin im Sommer 2006.)

„Die Hisbollah versucht, die Kritik an ihrem Vorgehen im Krieg zum Schweigen zu bringen“, sagte Sarah Leah Whitson, die Leiterin der Abteilung für den Nahen Osten und Nordafrika von Human Rights Watch. „Aber die Fairness und Genauigkeit unserer Berichterstattung werden für sich selbst sprechen.“

Der 128-seitige Bericht kritisiert vor allem die Raketenangriffe der Hisbollah auf israelische Zivilisten und zivile Einrichtungen wie Krankenhäuser und den massenhaften Einsatz von mit Streubomben bestückten Raketen.

(Quelle: *Ha'aretz*, 30.08.07)

Der Human-Rights-Watch-Bericht ist unter dem folgenden Link erhältlich: <http://hrw.org/reports/2007/iopt0807/>

Auch in Köln wurde ein [bekannter Ratsherr der Linksfraktion](#) im Sommer 2007 auf einer Demonstration pro Hisbollah-Kriegsverbrecher gesichtet.

Integration made in Great Britain



Wohin es führt, wenn man der Intoleranz aus [falsch verstandener Toleranz](#) heraus zu viel Spielraum lässt, zeigt einmal mehr das Beispiel Großbritanniens. [Bekanntlich](#) war dort das Dokumentieren von [Hasspredigten in britischen Moscheen](#) schlimmer als der Inhalt derselben.

Laut einer [kürzlich durchgeführten Umfrage](#) befürworten drei Viertel der jungen Muslims die Schleierpflicht für Frauen und jeder dritte würde gerne unter der Scharia leben. Bei den Älteren sind es zum Vergleich jeweils 28 und 17%. PI berichtet seit längerem ausführlich über die Zustände im Vereinigten Königreich (siehe [hier](#) und [hier](#))

(Spürnase: Philipp F.)

Ägypten: Tod für Konvertiten gefordert



Davon haben wir in der Sueddeutschen noch nichts gelesen, wohl aber auf der christlichen Webside kath.net: Im beliebten Touristenland Ägypten fordern Autoritäten der weltweit tonangebenden religiösen Universitäten die Todesstrafe für Mohammed Ahmed Hegazy, der vom Islam zum koptischen Christentum konvertierte. Der ägyptische Minister für religiöse Angelegenheiten schließt sich der Meinung der Islamgelehrten an.

Die internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) befürchtet, dass sowohl der Konvertit als auch seine Anwälte jederzeit Opfer von Mordanschlägen werden könnten. *Kath.net* berichtet:

Hegazy wurde am 25. August mit einem Scheich der Al-Azhar Universität, Youssef al-Badri, im Fernsehen interviewt. Al-Badri forderte darin erneut die Todesstrafe Hegazys. Auch die ehemalige Dekanin der Hochschule für Frauen der Al-Azhar Universität, Souad Saleh, verlangte die Enthauptung des Konvertiten.

Selbst der ägyptische Minister für religiöse Angelegenheiten, Dr. Mahmoud Hamdi Zakzouk, beteiligt sich an der Eskalation

und beharrt öffentlich auf der Legalität der Todesstrafe für Konvertiten.

Martin Lessenthin, Vorstandssprecher der IGFM appelliert an Präsident Mubarak, sich „unverzüglich einzuschalten und den Schutz des Konvertiten und seiner Anwälte sicherzustellen“.

In den arabischen Medien forderten zwei Al-Azhar Religionswissenschaftler, Scheich Youssef al-Badri, sowie Souad Saleh, die Todesstrafe für den Konvertiten Mohammed Ahmed Hegazy.

Der 25jährige Journalist konvertierte vor vier Jahren zum koptischen Christentum und wollte Anfang August 2007 in seinen Ausweispapieren den Religionseintrag ändern lassen.

Seinen Religionswechsel fühlte Hegazy durch den Großmufti Ägyptens, Dr. Ali Goma'a, gestützt, der sich zu Konvertiten relativ tolerant äußerte. Sie würden von Gott selbst im Jenseits bestraft werden, so Goma'a, aber eine weltliche Strafe sei, auch durch den Koran, unzulässig.

Diese Äußerungen wurden von Religionswissenschaftlern der Al-Azhar Universität heftig kritisiert. Saleh erklärte in der Zeitung al-Quds al-arabi die Fatwa (Rechtsgutachten) Goma'as für wertlos.

Hegazy hätte es nicht bei seiner Apostasie belassen, sondern mit seinem Bekenntnis den Islam verspottet und verleugnet. Dies verdiene, so Saleh, den Tod. Im gleichen Artikel befanden die Religionswissenschaftler Scheich Gad Mawli Ibrahim sowie Scheich Youssef al-Badri die Auslegungen des Muftis für ungültig und ohne inneren Gehalt. Der Konvertit hätte mit seinem öffentlichen Bekenntnis zum Christentum dem Islam den Krieg erklärt, erklärte al-Badri.

Minister schließt sich Religionsgelehrten an

Ägyptens Minister für religiöse Angelegenheiten, Dr. Mahmoud

Hamdi Zakzouk, insistierte in einem Interview mit der Tageszeitung Egypt Today auf der Legalität der Todesstrafe für Konvertiten.

Mit der Bekanntgabe ihrer Konversion seien sie eine Gefahr für die öffentliche Ordnung. Dies sei, so Zakzouk, dem Hochverrat gleichzusetzen, welcher mit dem Tod bestraft werde. Folglich müsse man die Konversion mit der gleichen Strafe belegen.



Schweiz: Ist die SVP ein Sicherheitsrisiko?



hier klicken... 

Die [Wahlkampagne](#) der SVP sorgt weiter für Wirbel. Der UNO-Sonderberichterstatter für Rassismus Doudou Diene, der – man muss schließlich Prioritäten setzen – in der Schweiz schon früher „rassistische Tendenzen“ [feststellen musste](#), schaltete sich bereits wegen des nebenstehenden

Plakates tief besorgt [in den Wahlkampf](#) ein. Jetzt reichte eine Privatperson [Klage](#) gegen den SVP-Nationalratskandidaten Andreas Glarner ein.

Glarner wird vorgeworfen, sein Wahlplakat verstosse gegen die Antirassismus-Strafnorm. Auf dem Plakat ist eine verschleierte Muslimin zu sehen. Daneben steht „Aarau oder Ankara? Damit wir uns auch in Zukunft wohlfühlen – Andreas Glarner in den Nationalrat.“

Mit dem Plakat wolle er auf das Thema Islam aufmerksam machen, sagte Glarner (...) Nur wenige Tage zuvor hatte der UNO-Sonderberichterstatter für Rassismusfragen, Doudou Diène, von der Schweiz eine Stellungnahme zum aktuellen SVP-Wahlkampfplakat mit den weissen Schafen, die ein schwarzes aus der Schweiz schmeissen, gefordert.

Anlässlich der Lancierung der Wahlkampagne der Westschweizer SP am Samstag kritisierte auch Pierre-Yves Maillard, Vize-Präsident der Sozialdemokraten, die „schockierende“ SVP-Kampagne.

Auch andere bekannte Gutmenschen, zum Beispiel Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey, [zeigten sich besorgt](#). Offenbar fürchtet man bereits den Zorn der Angehörigen der Friedensreligion und beobachtet ängstlich die Lage in islamistischen Kreisen. Schon eigenartig, der SVP die eigene Angst vor den Muslimen vorzuwerfen.

Keine beleidigte Reaktion einer demokratiefeindlichen Religionskultur, keine Drohung durch terrorgeneigte islamistische Gruppen darf uns dazu bringen, auf demokratisches Recht zu verzichten.

Die Schweizer Demokratie steht nicht zur Disposition! Auch dann nicht, wenn der Geist einer Volksinitiative zutiefst fragwürdig erscheint.

Der SVP vorzuwerfen, sie sei mit ihrer Minarett-Initiative ein Sicherheitsrisiko für die Schweiz, ist deshalb absolut inakzeptabel.

Wer eigentlich ist das Sicherheitsrisiko für die Schweiz, die SVP oder beleidigte Muslime? Schon bezeichnend, dass die Islam-Beschwichtiger und -Schönredner immer die größte Angst haben...

(Spürnase: Daniel G.)